



Kommunales Leasing

Haushaltssanierung mit schmutzigen Tricks?

Unsere Stadtverordnetenfraktion führte am 25. März 2003 eine Diskussionsveranstaltung mit Dr. Werner Rügemer, einem Publizisten aus Köln, durch. Rügemer wurde im Jahr 2002 mit dem Journalistenpreis des Bundes der Steuerzahler in NRW ausgezeichnet.

Über diese Praxis, über ihre Risiken und über offene Fragen berichtet Rügemer und schafft es, das komplizierte Thema verständlich und spannend aufzubereiten."

Anlass für diese Veranstaltung waren Ankündigungen von Stadt-



Werner Rügemer und Rainer Keil

net. In der Begründung der Jury heißt es dazu:

"Sein Hörfunk-Feature taucht tief ein in ein Phänomen, das in den vergangenen Wochen und Monaten immer häufiger in die Öffentlichkeit gerückt ist: das so genannte „Cross-Border-Leasing“. Die Kommunen verkaufen Schulen, Straßenbahnen, Kläranlagen oder Kanalnetze an Investoren in den USA und leasen sie sofort wieder zurück. Von dem Steuervorteil, der den Investoren in den USA entsteht, erhalten sie einen Anteil. So wollen die Kommunen ihre Kassen aufbes-

kämmerer Grünewald, der wegen der desolaten Finanzlage der Stadt Darmstadt im September 2002 bei den Haushaltsberatungen im Magistrat für einige Projekte (Schulen und Kitas) ein Immobilien-Leasing angekündigt hat.

Dr. Werner Rügemer ging in seinem Vortrag hauptsächlich auf die aggressivste Form des Leasings ein, das so genannte "Cross-Border-Leasing".

Er schildert das Vorhaben vieler Städte und Gemeinden, mit dubiosen Leasing-Verträgen die eigenen



Rainer Keil,
Stadtverordneter der PDS-DKP/OL
Vorsitzender der DKP Darmstadt

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit besteht für viele Politiker wohl in der Bekämpfung der Arbeitslosen und in der Kürzung noch vorhandener Sozialleistungen. Nur so sind die Vorschläge der rosa-grünen Bundesregierung zu verstehen. Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe sollen zusammengelegt werden. Die Höhe soll "in der Regel dem Niveau der Sozialhilfe" entsprechen.

Dies bedeutet faktisch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe, die in Vergangenheit schon auf einen niedrigen Stand gedrückt wurde. Die geplante verschärfte Anrechnung von Partnereinkommen und Vermögen trägt dazu bei das hohe Armutsrisiko weiter zu erhöhen. Während mit diesen Maßnahmen der ärmste Teil der Bevölkerung geschröpft wird, bleiben die Reichen unseres Landes auch in Zukunft von der Vermögenssteuer verschont.

Fortsetzung auf der letzten Seite

Aus dem Inhalt:

Wehrmachtsausstellung in Darmstadt	S.3
Jugend in Kranichstein	S.4
Mittelkürzung für Jugendring	S.5
Ehrenurkunde für P. Benz	S.6
Friedhofsrundgang	S.7
Hindenburgstraße bleibt	S.8

Fortsetzung von S.1 "Leasing"

leeren Kassen zu füllen und spannt den Bogen von den finanziellen Problemen der Städte und Gemeinden bis in die USA.

Zahlreiche Städte in Deutschland und Europa wollen einen Reibach machen: Sie verleasen kommunale Klärwerke, Straßenbahnen, Messehallen oder Schulen für 100 Jahre an "US-Investoren" und leasen sie zurück. Dabei entstehen in den USA Steuervorteile, von denen die Städte einen Anteil als "Barwertvorteil" erhalten. Erstaunlich: Kein Stadtverordneter, kein Gemeinderatsmitglied hat je einen Leasingvertrag im Wortlaut gesehen. Die Investoren gibt es nicht. Es sind Briefkastenfirmen, die von Banken, auch deutschen Landesbanken, in den USA und auf den Cayman Islands gegründet werden. Die Steuervorteile sind nach US-Recht nicht zulässig, fließen aber trotzdem. Die Städte lassen sich durch den Barwertvorteil ködern, der am ersten Tag des Vertrages gezahlt wird. Die langfristig enormen Risiken werden der Öffentlichkeit verheimlicht. Ein Deal, an dem auch deutsche Banken beteiligt sind.

In der anschließenden Diskussion gab es zahlreiche Fragen zur Sache selbst, aber auch zu Möglichkeiten des Widerstands. Rügemer berichtete von einem erfolgreichen Bürgerentscheid im oberfränkischen Kulmbach und von Bestrebungen der bayrischen Staatsregierung, die Gemeindeordnung zu ergänzen und solche Cross-Border-Leasing nicht mehr zuzulas-

sen.

Was ist aber mit den zahlreichen anderen Formen von kommunalem Leasing? Rügemer gibt den Rat, sich diese Verträge genau anzuschauen, Konditionen zu überprüfen und Sachverständige hinzuzuziehen.

Wie notwendig dies ist, zeigt ein am Tage der Veranstaltung erschiener Artikel in der FAZ (25. März 2003). In Frankfurt soll das U-Bahn-Netz an Unternehmen in den USA vermietet und dann zurückgeleast werden. Diesem Artikel konnte man auch entnehmen, dass der Darmstädter Stadtkämmerer meinte, "solche Geschäfte werde es nicht geben, solange er dieses Amt inne habe."

Im Rahmen der Fragestunde der Stadtverordnetenversammlung am 03. April 2003 führte Stadtkämmerer Grünwald auf Nachfrage des Stadtverordneten Rainer Keil (PDS-DKP/Offene Liste) aus, dass zur Zeit im Rahmen der Schulbausanierung alternative Finanzierungsmodelle über Leasing in Vorbereitung seien. Den Stadtverordneten würde eine Magistratsvorlage mit den gesamten Leasingverträgen zur Kenntnis gebracht.

Entwarnung? Wohl kaum. Aufmerksamkeit ist gefragt. Denn einen Stadtkämmerer Grünwald haben wir nicht mehr lange, und die Finanzprobleme der Stadt werden über Nacht sicher nicht gelöst.

Kurz berichtet 1**Darmstadt unterstützt Initiative „Cities for Peace“**

Anträge der Fraktionen DIE FRAUEN und ein gemeinsamer Antrag von SPD und Grünen, sich der weltweiten Initiative „Cities for Peace“ anzuschließen, wurden auf der Stadtverordnetenversammlung am 03. April 2003 angenommen. Die Initiative ist in den USA entstanden und wird dort mittlerweile von 160 Städten und Regionen unterstützt.

CDU und FDP beteiligten sich nicht an der Abstimmung. CDU-Fraktionsvorsitzender Gehrke störte sich an dem Begriff "völkerrechtswidriger Krieg" und lobte die USA für ihre Verdienste in Vergangenheit. Rainer Keil (PDS-DKP/Offene Liste) bezeichnete den Krieg als einen "Krieg für Öl und geostrategische Interessen". Die USA seien keineswegs Hüter der Demokratie. Keil erinnerte an die Rolle der USA beim Putsch in Chile, an den Vietnamkrieg, an die Unterstützung zahlreicher Militärdiktaturen in Latein- und Mittelamerika und ihre Rolle in Afghanistan.

Noch mal davongekommen

Keine Landesgartenschau und kein Olympia! Eigentlich müssten die Verantwortlichen der Stadt aufatmen. Bei der Bewerbung um die Landesgartenschau wurde diese Veranstaltung in den höchsten Tönen gelobt, Hanau wurde als leuchtendes Beispiel angeführt. CDU-Fraktionsvorsitzender Gehrke, ein verkanntes Mathe-Genie, rechnete gar vor, wie viele Euro pro Besucher in die Stadtkasse gespült würden. Jetzt kam die Ernüchterung: Hanau, das leuchtende Beispiel, hat die Landesgartenschau mit einem Minus von einer Million Euro abgeschlossen. Die Olympia-Bewerbung hat die Stadt Darmstadt 60.000 Euro gekostet. Hätte die Region Frankfurt die nationale Ausscheidung gewonnen, wäre ein weiterer Griff in die Stadtkasse notwendig gewesen. Wir meinen: Gebt das Geld den Sportvereinen, für Jugendarbeit oder die notwendige Ausgestaltung und Sanierung der Sportstätten. Und das nicht nur am Böllenfalltor.

Europäische Städte mit „Cross Border Leasing“-Verträgen (Auswahl)

Das Transaktionsvolumen beträgt mindestens 150 Millionen Dollar; das größte bisher bekannt gewordene Transaktionsvolumen beträgt für einen Einzelvertrag bisher 1,5 Mrd. Dollar. Einige Kommunen haben bis zu drei verschiedene Verträge abgeschlossen.

Straßenbahnwagen und Schienennetze: München, Kassel, Würzburg, Dresden, Köln, Zürich, Bielefeld, Dortmund, Rostock

Kläranlagen und Kanalnetz: Dresden, Düsseldorf, Köln, Herford, Wittenberg, Ruhrverband, Rhein-Sieg-Kreis, Rijnlanden (NL)

Messehallen: Essen

Schulen: Gelsenkirchen

Müllverbrennungsanlage: Ulm, Wuppertal, Hausmüllzentrale Nordholland

Talsperren: Wuppertal

Krankenhäuser: Chemnitz

Wasserwerke: Landeswasserverband Baden-Württemberg, Bodenseeverband

Seltene Einigkeit

Darmstadt zeigt Wehrmachtsausstellung

Mit großer Mehrheit, bei nur zwei Gegenstimmen aus der CDU-Fraktion, wurde unser Antrag, die Wehrmachtsausstellung nach Darmstadt zu holen, angenommen. In der Debatte machte unser Stadtverordneter Rainer Keil klar, warum wir diese Ausstellung in Darmstadt haben wollen: "Diese Ausstellung hat eine breite historische Debatte entfacht, sie ist notwendig zur Aufarbeitung eines dunklen Kapitels deutscher Geschichte. Es geht hier nicht darum, Verbrechen einzelner Wehrmachtsangehöriger anzuprangern, sondern nüchtern, klar und sachlich zu dokumentieren, dass die Wehrmacht an der Planung und Durchführung des im Osten geführten Vernichtungskrieges teils führend, teils unterstützend beteiligt war."

Die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht. Dimensionen des Vernichtungskrieges 1941-1944" dokumentiert auf der Grundlage des damals geltenden Kriegs- und Völkerrechts die Beteiligung der deutschen Wehrmacht an den im Zweiten Weltkrieg in Ost- und Südosteuropa verübten Verbrechen. Zu sehen sind sechs Dimensionen des Vernichtungskrieges: der Völkermord an den sowjetischen Juden, das Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen, der Ernährungskrieg, die Deportation von Zwangsarbeitern, der Partisanenkrieg sowie Repressalien und Geiselerchießungen. Die Ausstellung zeigt die teils aktive, teils passive Mitwirkung der Wehrmacht an den verübten Verbrechen. Die bisherige Forschung lässt keine Aussagen über die Anzahl der daran beteiligten deutschen Soldaten und Offiziere zu. Gleichwohl zeigt die Ausstellung auch das konkrete Verhalten einzelner Personen. In den "Handlungsspielräumen" wird gezeigt, dass der Vernichtungskrieg kein Ort abstrakter Dynamik, sondern gestaffelter Entscheidungen und Verantwortlichkeiten war.

Vertreter aller Fraktionen machten

deutlich, dass sie diesen Antrag mit unterstützen wollen. Probleme hatten nur die CDU und UFFBASSE, die sich daran störten, dass dieser Antrag von unserer Fraktion eingebracht wurde. PDS und DKP wären sehr eng mit einem System verbunden, dass "viel Leid über die Menschen gebracht hätte". Auch Jochen Partsch von der grünen Fraktion äußerte Zweifel, ob unsere Parteien ihre Geschichte aufgearbeitet hätte.

Rainer Keil übernahm zwei Änderungen des Antrages von CDU und Grünen und machte deutlich, dass die Fraktion PDS-DKP/Offene Liste von einer großen Zahl Menschen in das Darmstädter Stadtparlament gewählt wurde. Er erwartet, dass sich mit den Anträgen seiner Fraktion inhaltlich und sachlich auseinandergesetzt wird. Weiterhin unterstützte er den Vorschlag der SPD nach begleitenden Programmen, beispielsweise für Schulen.

Feiner Antikommunismus, wie in dieser Debatte von verschiedener Seite spürbar, wird uns sicher noch öfter begegnen. Ihm sollte man gelassen begegnen. Natürlich stellen sich Kommunisten ihrer Geschichte, den historischen Leistungen ebenso wie Fehlentwicklungen und Verbrechen. Wir brauchen keine Nachhilfe in Geschichtsaufarbeitung.

Aber darum geht es den Kritikern in der Stadtverordnetenversammlung und anderswo gar nicht. Geschichtsaufarbeitung heißt für sie Abrücken vom Ziel einer sozialistischen Entwicklung, Abkehr vom Marxismus-Leninismus, Entschuldigung für die DDR und die Sowjetunion. Den Gefallen werden wir aber keinem tun.

Alles in allem schmälert dies aber nicht unseren parlamentarischen Erfolg. Nur das Ergebnis zählt und dies war erfreulich.

Nähere Informationen zur Wehrmachtsausstellung im Internet unter:

www.verbrechen-der-wehrmacht.de/

Ermutigung

Sensationelles Wahlergebnis der KPÖ bei den Kommunalwahlen in Darmstadts Partnerstadt Graz

Als Ermutigung für die heuer noch anstehenden Wahlen (Gemeinderatswahlen in Kärnten am 9. März, Landtagswahl am 30. März in Niederösterreich, Landtags- und Gemeinderatswahlen am 28. September in Oberösterreich) sieht KPÖ-Kommunalreferent Leo Furtlehner das sensationelle Ergebnis der Grazer Gemeinderatswahl vom 26. Januar 2003.

Dabei gelang der Kommunistischen Partei Österreich (KpÖ) mit ihrem Stadtrat Ernst Kaltenecker ein Zuwachs von 7,86 auf 20,94 Prozent. Die KPÖ steigerte sich damit in Graz von 4 auf 12 Mandate im 56-köpfigen Gemeinderat und wird künftig im 9-köpfigen Stadtse-nat mit zwei Sitzen vertreten sein.

Mit dem Grazer Wahlergebnis ist die KPÖ verstärkt im Gespräch und kann damit den gegen sie verhängten medialen Boykott durchbrechen. Damit verlieren auch die dem herrschenden Antikommunismus geschuldete Schwellenangst, KPÖ zu wählen und das Argument der "verlorenen Stimme" an Bedeutung, weil sich zeigt, dass eine Stärkung der KPÖ ein wichtiges Signal gegen den neoliberalen Zeitgeist ist.

"Das Wahlergebnis von Graz ist vor allem ein persönliches Verdienst von Ernst Kaltenecker und daher nicht beliebig auf andere Städte und Gemeinden übertragbar. Es zeigt jedoch, dass eine an sozialen Kriterien orientierte Politik möglich ist", meint KPÖ-Kommunalreferent Leo Furtlehner und gratuliert den Grazer KommunistInnen herzlich zu dem großartigen Wahlerfolg.

Kaltenecker ist es vor allem gelungen, sich mit einem beharrlichen Engagement für die MieterInnen zu engagieren und konnte sich in den letzten fünf Jahren als Wohnungstadtrat einen Namen machen. Graz zeigt auch, dass kommunistische Politiker wie Stadtrat Kaltenecker - der einen Großteil seines Stadtratsbezuges für soziale Zwecke verwendet hat - vorzeigen, dass sie auch ohne Privilegien

Jugendliche in Kranichstein

Stückwerk oder Konzeption?

Unsere Stadtverordnetenfraktion hat zweimal das Thema Jugendliche in Kranichstein zum Gegenstand von Debatten in Stadtverordnetenversammlungen gemacht.

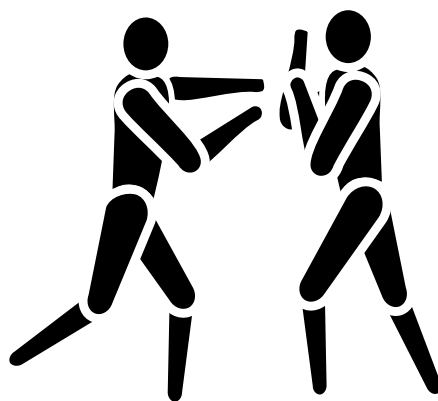
Zum einen die Einrichtung des geplanten Jugendcafés, zum anderen die Übernahme der Trägerschaft für ein Sportprojekt für schwer integrierbare Jugendliche in Kranichstein. Gefördert werden soll der Box- und Kickbox-Sport.

Im Falle des Jugendcafés wurden den Stadtverordneten am 06. Februar 2003 zwei Konzepte vorgestellt, wie diese Jugendeinrichtung betrieben werden soll. An einem Konzeptwettbewerb hatten sich der Internationale Bund (IB), der Sozialkritische Arbeitskreis Darmstadt (SKA), der Verein ROPE e.V. und der Arbeiterwohlfahrt (AWO) beteiligt. In die engere Auswahl kamen dann die Konzepte des IB und des SKA.

Die Entscheidung, dem IB die Trägerschaft für diese Jugendeinrichtung zu geben, konnten wir aus folgenden Gründen nicht mittragen: das Konzept des SKA setzte schon bei Jugendlichen ab 12 Jahren an (im Gegensatz zu dem Konzept des IB erst ab 16 Jahren), es setzte auf Streetwork, Kontakte zu den Jugendhäusern und auf Jugendforen. Bezeichnend die Argumentation der Verwaltung in der Magistratsvorlage, was für die Konzeption des IB sprechen würde: Durch den vermehrten Einsatz von Honorarkräften würden kostengünstige Öffnungszeiten erreicht. Das Konzept des IB würde sich kostengünstiger realisieren lassen. Rainer Keil, Stadtverordneter von PDS-DKP/Offene Liste Darmstadt widersprach dem. Reines Kostendenken löse keine Probleme in Kranichstein. Das Konzept der SKA sei weit besser für Kranichstein geeignet. Er erinnerte an die Probleme mit Jugendlichen in Kranichstein im Jahr 2002. Gerade hier wäre ein Konzept, das Streetwork vorsieht, vom Ansatz her richtiger gewesen.

Ein Argument für die Entscheidung, die Trägerschaft des Jugendcafés an den IB zu geben, war das vom IB "erfolgreich betriebene Kampfsportstudio" (Zitat Magistratsvorlage Nr. 0031). Es ließe sich so in die Konzeption der Jugendeinrichtung integrieren.

Dies war aber zwei Monate später schon überholt. In der Stadtverordnetenversammlung am 05. April 2003 sollte die Übernahme der Trägerschaft durch die Stadt für dieses Projekt beschlossen werden. Da für dieses Projekt die Folgefinanzierung nicht gesichert ist, war der IB nicht länger bereit die Trägerschaft zu übernehmen. Auch in diesem Falle machte unser Stadtverordneter deutlich, warum wir dieses Konzept so nicht mittragen: Die personelle Ausstattung für dieses Projekt sei absolut unzureichend (ein hauptamtlicher Mit-



arbeiter der Jugendförderung mit maximal 10 Stunden pro Woche). Erfahrungen mit einem erfolgreich betriebenen Boxsportprojekt in Kassel würde dies beweisen. Keil kritisierte den mehr als spärlichen Bericht der Jugendförderung und fügte hinzu, dass eine solche halbherzige Herangehensweise den Erfolg dieses sinnvollen Projektes gefährde.

Beide Maßnahmen wurden von uns nicht abgelehnt, sondern grundsätzlich als sinnvoll und wichtig erachtet. Wir kritisieren aber die Art und Weise des Herangehens an dieses Thema und die fehlende Einbindung in eine Gesamtkonzeption

für die Jugendarbeit in Kranichstein.

In beiden Stadtverordnetenversammlungen gab es interessante Debatten zu diesen Themen. Und dies obwohl beides ohne Diskussion verabschiedet werden sollte.

Nach wie vor ist für uns, trotz gegensätzlicher Meinung beispielsweise des SPD-Stadtverordneten Hüttenberger, keine Gesamtkonzeption für Jugendarbeit in Kranichstein erkennbar. Wir haben schon im letzten Jahr mit einer kleinen Anfrage versucht, diese Gesamtkonzeption zu erfahren. Wir wollten wissen, wie die Stadt die Möglichkeit aufsuchender Sozialarbeit (Streetworker) beurteilt. Weitere Fragen waren: Wie ist das Boxstudio, welches von den Jugendlichen stark frequentiert wird, in das sozialpädagogische Stadtteilkonzept des Jugendamtes eingebunden?

Gibt es grundsätzliche Überlegungen seitens der Stadtverwaltung, ein Konfliktmanagement in Kranichstein zu etablieren, um die wiederkehrenden Probleme zwischen den Jugendlichen, jungen Erwachsenen und den verschiedenen Anwohnergruppen zu deeskalieren?

Die Antworten waren mehr als spärlich. Ein Konzept "mobile Betreuung von Jugendcliquen" sei in Arbeit, der Einsatz von Streetworkern ist nicht vorgesehen.

Die Stadtverordnetenversammlung hat mit großer Mehrheit die beiden oben geschilderten Vorlagen angenommen. Man darf gespannt sein, ob sich dieses Stückwerk vielleicht irgendwann doch zu einem Gesamtkonzept verdichtet. Den Kranichsteiner Jugendlichen ist es zu wünschen.

Haushaltsanträge abgelehnt

Erwartungsgemäß sind alle unsere Haushaltsanträge im Dezember 2002 abgelehnt worden. Rot-Grün hält weiter an Prestige-Objekten wie dem Wissenschafts- und Kongreßzentrum fest. Und dies trotz desolater Haushaltslage. Unsere Anträge zum Doppelhaushalt 2003/2004 und die Beschlüsse des Stadtparlaments dazu sind im Internet nachzulesen.

Internet: www.pds-dkp-old.de

Stadtjugendring

Politisch motivierte Kürzung?

Der Vorstand des Stadtjugendringes Darmstadt hatte am 24.10.2002 zu einer jugendpolitischen Gesprächsrunde in die Bessunger Knabenschule Vertreter aller im Stadtparlament vertretenen Parteien eingeladen.

Die Teilnehmer wurden dort über den Weggang einer Mitarbeiterin und die daraus resultierende Kürzung der Personalkosten für den Jugendring informiert. Geregelt ist dies in einem Vertrag zwischen Stadt und Jugendring. Bestandteil dieses Vertrages ist es auch, dass der Stadtjugendring diese Stelle nicht ohne Zustimmung der Stadt wieder besetzen darf und so auch die Gefahr besteht, die Hälfte der Sachmittel zu verlieren.

Die Stadt zeigte sich wenig kompromissbereit. Mit Magistratsvorlage vom 09.09.2002 kündigte sie Vertragsverhandlungen mit dem Jugendring an, "mit dem Ziel, die dort frei werdende halbe Referentenstelle ab sofort nicht mehr zu besetzen." Begründet wird diese Maßnahme mit Errichtung eines kommunalen Jugendbildungswerkes. Ein Argument, dass nur schwer nachzuvollziehen ist, denn es gab schon 1999 eine klare Abgrenzung der Aufgaben, die vom Jugendhilfeausschuß der Stadt auch so beschlossen wurde.

Die Folgen für den Stadtjugendring und die politische Jugendarbeit für Darmstadt liegen auf der Hand. Politische Bildungsveranstaltungen, jugendpolitische Projekte und die Medienwerkstatt des Jugendrings sind so nur eingeschränkt durchführbar. Die Mitarbeit im Jugendhilfeplanungsausschuß ist so nicht mehr zu leisten. Dies gilt auch für die Aufgabe, Kontakt zu den 25 Jugendverbänden in der Stadt zu halten und auch die Organisation von Mädchenarbeit und Fortbildung für Jugendgruppenleiter.

Da es sich beim Jugendring aber trotz hauptamtlichen Kräften um eine ehrenamtlich getragene Jugendorganisation handelt, ist um

so bitterer. Sind doch gerade vor den vergangenen Bundes- und Landtagswahlen Politikerinnen und Politiker aller Couleur mit dem Hohelied des Ehrenamtes auf den Lippen durch die Lande gereist.

Unsere Stadtverordnetenfraktion hat schon zu einem frühen Zeitpunkt - am 14.09.2002 - mit einer kleinen Anfrage auf diese Probleme hingewiesen und Lösungen eingefordert. Die Antwort auf unsere Anfrage erhielten wir dann in den ersten Januarwochen 2003, also gut ein viertel Jahr (!) später. Unser Haushaltsantrag, zusätzlich 30.000 Euro in 2003 und 2004 für die Arbeit des Stadtjugendringes zur Verfügung zu stellen, wurde während der Haushaltsberatungen von SPD und Grünen, bei Stimmenthaltung von CDU, LEU, FRAUEN und UFFBASSE abgelehnt.

Die Antwort auf unsere kleine Anfrage zu diesem Thema nahmen wir zum Anlass, dieses Thema auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung zu setzen. Rainer Keil kritisierte dann auf der Stadtverordnetenversammlung am 06.02.2003 nochmals die Kürzungen der Mittel des Stadtjugendringes. Er ging in seinem Redebeitrag auch auf die vertragswidrig gekürzten Sachmittel in Höhe von 2.500 Euro ein. Dieser Betrag wurde auf Beschluss des Sozialausschusses dem Jugendring gekürzt und dem Ring politischer Jugend - einem Zusammenschluss der Parteijugend in Darmstadt - zugeschustert. Mit diesem Geld wurde dann vor der Bundestagswahl in einem Zelt vor dem Karolinenplatz eine Podiumsdiskussion und eine "Elefantenrunde" mit den Kandidatinnen und Kandidaten zur Bundestagswahl durchgeführt. Hanno Benz, jugendpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, nannte dies dann in der anschließenden Debatte im Stadtparlament ein "Partizipationsprojekt, das seinesgleichen sucht". Überraschend das Eingeständnis

Kurz berichtet 3

Ehrengräber

Am 08. Februar 2003 haben wir uns mit einer kleinen Anfrage nach den von der Stadt Darmstadt unterhaltenen Ehrengräber erkundigt. Mit Schreiben vom 17. Februar 2003 erhielten wir eine Liste, der zu entnehmen war, dass es auf dem Alten Friedhof 54 und auf dem Waldfriedhof 13 Ehrengräber gibt. In der Liste waren Namen, Grabbezeichnung und eine kurze Information zu den hier beerdigten Menschen aufgeführt. Nach einer ersten Durchsicht dieser Liste waren wir der Ansicht, dass die kurzen Bemerkungen für eine ausreichende Bewertung nicht ausreichen. Bei einzelnen Gräbern drängt sich der Verdacht auf, dass hier auch die Gräber von Personen gepflegt werden, die eine eindeutig braune Vergangenheit haben. Unser Stadtverordneter Rainer Keil hat daher am 16. April 2003 offiziell Akteneinsicht beantragt, um die über diese Ehrengräber vorhandenen Informationen einzusehen.

der zuständigen Dezernentin, Frau Diekmann, "rechtlich einwandfrei war diese Kürzung nicht gewesen".

Alles zusammen genommen muss man feststellen: Das Versprechen der politisch Verantwortlichen von 1999, dass trotz der Einrichtung eines Jugendbildungswerkes der Jugendring voll erhalten bleibt, wurde gebrochen.

Die Angriffe auf den Bestand des Jugendringes gibt es nicht erst seit gestern, sie haben schon historische Dimensionen. Ein freier Träger, der unabhängig von Stadt und den etablierten Parteien politische Jugendarbeit befördert, war manchem Kommunalpolitiker schon immer ein Dorn im Auge. So erklären sich Aussagen wie die von Hanno Benz (SPD), die Leistungen des Jugendringes seine in Vergangenheit "nicht berauschend gewesen". Aus seiner Sicht mag das auch stimmen, denn ein Sprachrohr für die regierenden Sozialdemokraten war der Jugendring glücklicherweise nie.

Längst überfällig

Ehrenurkunde für Philipp Benz

Auf Vorschlag unserer Stadtverordnetenfraktion erhält der Arheilger Kommunist Philipp Benz die Ehrenurkunde für verdiente Bürgerinnen und Bürger der Stadt Darmstadt. Diese Auszeichnung für den mittlerweile 91-jährigen Antifaschisten war längst überfällig.

Philipp Benz war nach dem zweiten Weltkrieg Mitbegründer der SG Arheilgen, ab 1967 dessen Vorsitzender und seit 1977 Ehrenvorsitzender. Höhepunkte seiner Vereinstätigkeit war der Bau des modernen Sportzentrums. Neue Anlagen wie die Rollschuhbahn und die ersten Tennisplätze forderten auch den Architekten Benz. Für das von der Fußballabteilung gebaute Funktionsgebäude am Arheilger Mühlchen fertigte er den baureifen Entwurf und die Arbeitspläne an. Hervorzuheben ist, dass Herr Benz hierbei vollständig auf sein Architektenhonorar verzichtete.

Der gemeinnützigen Baugenossenschaft Arheilgen gehörte er von 1949 - 1991 an. Bis zur Zusammenlegung mit der Darmstädter Baugenossenschaft 1991 war er bauleitender und planender Architekt von 226 Hauseinheiten. Philipp Benz war in dieser Zeit bei Gründungen weiterer Baugenossenschaften im Landkreis Darmstadt-Dieburg mit Rat und Tat zur Stelle.

Vor 1933 bis zur dessen Auflösung war Philipp Benz aktives Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportvereins. Polizeiliche Vorladungen, Hausdurchsuchungen und ähnliche Schikanen waren bei dem aktiven Antifaschisten Philipp Benz an der Tagesordnung. Nach der Macht-



Philipp und Dina Benz

übertragung durch die Nazis im Anschluss an die Verteilung von Flugblättern kam er in Gestapo-Haft. Im August 1933 wurde er verhaftet und mit sieben anderen Kommunisten aus Arheilgen ins KZ Osthofen bei Worms eingeliefert. Vorher verpflichtete ihn das Arbeitsamt Darmstadt als Landhelfer auf einem Bauernhof in Rimhorn.

Von 1948 bis 1952 gehörte Philipp Benz der fünfköpfigen Stadtverordnetenfraktion der KPD in der Darmstädter Stadtverordnetenversammlung an. Er war in seiner Eigenschaft als Stadtverordneter Vorsitzender des Sportausschusses und Mitglied im Bauausschuss. Philipp Benz dürfte der älteste, noch lebende, ehemalige Stadtverordnete in Darmstadt sein.

Philipp Benz ist auch heute noch, trotz seines hohen Alters, ein gern gesehener Gast an vielen Schulen. Er diskutiert mit Schülerinnen und Schülern als Zeitzeuge über den antifaschistischen Widerstand und die Verfolgung im Nazistaat, in Zusammenarbeit mit Lehrerinnen und Lehrern entstanden Projekte wie Dokumentationen und Ausstellungen.

Sein unermüdlicher Einsatz haben mit dafür gesorgt, dass das ehemalige KZ Osthofen unter Denkmalschutz gestellt und vor dem Abriss bewahrt wurde. Auch heute noch begleitet Philipp Benz Besuchergruppen wie Schulklassen, Gruppen aus Kirchengemeinden, der Gewerkschaften und der Volkshochschulen nach Osthofen und steht ihnen als Zeitzeuge und kompetenter Gesprächspartner zur Verfügung.

Von der Vereinigung der Verfolgten des Nazireimes-Bund der Antifaschisten (VVN-BdA), dessen langjähriger Kreisvorsitzender er in Darmstadt-Dieburg war, erhielt er die höchste zur vergebende Auszeichnung, die Widerstands-Medaille.

Seit 1980 finden auf Initiative der damaligen Georg-Büchner-Gesellschaft antifaschistische Stadtrundgänge in Darmstadt statt. Die Themen sind bis heute: "Darmstadt zwischen 1933 - 45", "Widerstand und Verfolgung" und "Stätten des antifaschistischen Widerstands".

ProRegio als Nachfolger des städtischen Verkehrsvereins hat zwei solcher Stadtrundgänge in ihrem Jahresprogramm, an denen Philipp Benz als Zeitzeuge nach wie vor teilnimmt und die er wesentlich mitgestaltet.

Im Programm Alltag und Geschichte von Radio Darmstadt bringt sich Philipp Benz durch aktuelle zeitgeschichtliche Themen und Buchbesprechungen ein.

Herr Benz hat seine Erfahrungen in Form von Interviews, Dokumenten und anderen Informationen dem Dokumentationsprojekt der hessischen Staatsarchive "Widerstand und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus in Hessen" zur Verfügung gestellt.

Zu seinem neunzigsten Geburtstag am 13. März 2002 trafen sich im Arheilger Schwanen viele Freunde und Weggefährten. Philipp Benz ist bis heute ein aktiver Mahner gegen Krieg und Faschismus geblieben. Die Ehrung der Stadt Darmstadt ist somit eine folgerichtige, wenn auch späte Würdigung.

Fortsetzung von Seite 3 "Graz"

auskommen können und dadurch nicht abgehoben von den WählerInnen agieren. Daran sollten sich die SpitzenpolitikerInnen der anderen Parteien ein Beispiel nehmen.

Honoriert wurde von den WählerInnen aber auch die klare Absage der KPÖ zu der von SPÖ, ÖVP und FPÖ gemeinsam beschlossenen Teilprivatisierung der Grazer Stadtwerke und damit das Bekenntnis zum öffentlichen Eigentum im sensiblen Bereich der Grundversorgung.

DKP Kreisvorstand, die DKP Reinheim und die Stadtverordnetenfraktion PDS-DKP/Offene Liste Darmstadt haben den Genossinnen und Genossen in Graz zu diesem Wahlergebnis herzlich gratuliert.

Leserzuschrift

Ort der Ruhe und der Kraft

Rundgang auf den Spuren bedeutender Frauen auf dem Waldfriedhof

An einem Rundgang auf den Spuren bedeutender Frauen am 28.03.2003 nahm unser Leser Fred Kauz teil. Nachfolgend dokumentieren wir seinen Bericht.

„Geschichte“ wie man sie in miefigen Darmstädter Amtsstuben gern mag, d. h. Geschichte in Form von Hagiographien in einem geschichtsleeren Raum. Die einzigen Kriterien, welche die beiden Leiterinnen zu kennen scheinen, sind die Begriffe „Frau“ und „bedeutend“. Frauen sind immer gut und wenn sie dann auch noch „bedeutend“ sind, bedarf es keiner weiteren Werturteile.

Frau D. begann den Rundgang mit einer Erläuterung der Eingangsbaulichkeiten und des Friedhofs insgesamt. Er sei 1911 konzipiert, 1914 in Betrieb genommen und 1926 vollendet worden. Planer sei der Architekt August Buxbaum gewesen. Die Bemerkung der Tourleiterin, die Architektur des Tors und der Gebäude sei klassizistisch-nationalistisch, gab einem der beiden Männer, die sich zu dem Happening für das weibliche Geschlecht verirrt hatten, Anlass zu fragen, bei wem Buxbaum denn studiert habe. Sie wusste es nicht, hatte keine Ahnung davon, dass sein Lehrer Prof. Paul Ludwig Troost, Hitlers erster Hofarchitekt gewesen war, der das Braune Haus in München für die Nazis hergerichtet hatte, geschweige das sie gewusst hätte, dass Buxbaum Hitlers Ernennung zum Reichskanzler 1933 begrüßt hatte, und das Albert Speer auch ein Schüler von Troost war. „Mir nicht bekannt“, war die knappe Antwort. Wie hätte sie's auch wissen sollen? Obwohl Darmstadt eine Wissenschaftsstadt ist, haben die Heiner es nicht so gern, wenn man die Nase zu tief in ihre NS-Vergangenheit steckt.

Bei der Erläuterung des Ehrengrabs der Schauspielerin Ellen Daub an der Urnenwand, deren Berufsleben sich durch die Jahre

des Dritten Reichs und die frühe Bundesrepublik zog, fragte wiederum der unbotmäßige Mann, ob die Karriere besagter Schauspielerin während des Dritten Reiches einen Knick gemacht habe. Antwort: „Darüber ist uns nichts bekannt.“ Ob die Daub in der Reichstheaterkammer gewesen sei, fragte der Quälgeist weiter. Wussten beide Leiterinnen auch nicht, wie sie auch nicht wussten, in welchen Archiven man das herausfinden könnte.

Bedeutend im Sinne von lobenswert war auch die steinreiche Industriellenwitwe Margarete Merck. Von der Architektur der Grabanlage und der Symbolik (Findling, Runen usw.) wurden keinerlei Rückschlüsse auf die Persönlichkeit der „bedeutenden“ Toten gezogen. Als der Mann, der den Mund nicht halten konnte, auf die Runen in den Säulen der Grabeinfriedung hinwies, reagierte Frau D. ganz sauer. Das Thema der Führung sei berühmte oder bedeutende Frauen und nicht der Nationalsozialismus. Somit beschränkte die Information an dieser Grabstätte sich auf unverbindlichen Tratsch: Margarethe Merck sei eine Mäzenin der Künste gewesen usw. Zu fragen ob sie braune Vorzeigekunst geförderte habe oder „entartete“ Kunst, hätte nur gestört.

Vom Grab der High Society-Nationalsozialistin Margarethe Merck ging es weiter zum Grab von Elisabeth Leuschner, der Witwe des in Plötzensee hingerichteten gewerkschaftlichen Widerstandskämpfers Wilhelm Leuschner, so dass man den Eindruck hätte gewinnen können, das beide Frauen einander in einer feindlichen Männerwelt als Schwestern tief verbunden gewesen wären. Beide Grabstätten waren Orte der

Ruhe und der Kraft.

Bei der Erläuterung der Karriere von Therese Kalbfleisch, einer SPD-Frau, die sich im Schulwesen einen Namen gemacht haben soll, erwähnte die Co-Leiterin Frau O. ganz nebenbei, dass die Entnazifizierung der bedeutenden Toten „ganz normal“ verlaufen sei. Ganz nebenbei erwähnte sie das! Denn wer von dem zarten Geschlecht, das um das Grab versammelt war, hätte auch schon wissen wollen, dass die unter deutscher Regie geführte „ganz normale Entnazifizierung“ einer stillschweigenden Rehabilitierung von Nazis gleichkam? Sinn des andächtigen Spaziergangs war es ja Kraft durch Freude am Vorbild großer Frauen zu vermitteln. Einsichten aus Lutz Niethammers Monographie „Die Mitläuferfabrik“, dem Standardwerk über die Entnazifizierung, hätten nur die Ruhe gestört und das schwache Geschlecht noch schwächer gemacht.

Nur gut, dass keine der großen Damen der Woman's Lib bei diesem von deutschem Gemüt, also von deutscher Gemütlichkeit geprägten andächtigen Spaziergang zu den Grabstätten „großer“ Frauen mit dabei war. Germaine Greer, die Verfasserin von The Female Eunuch, einem Buch, das mächtig unter die Schottenröcke der männlichen Eitelkeit weht, wäre wohl im Hinblick auf diese, nach dem Strickmuster von Brigitte und Bunte zusammengewürfelten Ahnengalerie „großer“ Frauen aus dem Staunen nicht mehr herausgekommen und hätte mit ein paar lässig hingeworfenen spitzen Bemerkungen nicht die beiden Male Chauvinist Pigs fertig gemacht, die bußfertig auf dem Rundgang mitlatschten, sondern die gemütlichen German Sisters. Was soll die Verschwisterung der leidgeprüften Elisabeth Leuschner mit der Nazi-Geldaristokratin Margarethe Merck? Der einen hatten die Nazis den Lebenspartner genommen und dann auch noch dessen Erhängung zur Unterhaltung des „Führers“ gefilmt. Die andere förderte völkische Künstler, wie Fidus und half dem Reichsfüh-

Fortsetzung auf Seite 8

Hindenburgstraße bleibt

Unsere Stadtverordnetenfraktion hat im Juni 2002 einen Antrag eingebracht, der die Umbenennung der Hindenburgstraße nach der in Darmstadt geborenen Hitlergegnerin Elisabeth Schumacher forderte. Nachdem sich die Stadtverordnetenversammlung für nicht zuständig erklärte, wurde der Antrag an den Beirat für Straßenbenennung verwiesen.

Die Sitzung dieses Beirates fand schließlich am 9. Dezember 2002 statt. Im Vorfeld dieser Sitzung konnten wir dem Vorsitzenden des Beirates für Straßenbenennung, Herrn Kitlinski, über 100 Unterschriften überreichen, die unseren Antrag unterstützten.

Die Diskussion über unseren Antrag lässt sich wohl so zusammenfassen: Es gab wenige inhaltliche Argumente gegen eine Umbenennung, sondern im wesentlichen formelle Gründe: Gegen eine Umbenennung könnten Rechtsmittel eingelegt werden, es gäbe in der Hindenburgstraße eine Reihe Firmen, denen Kosten (für Aktualisierung ihrer Briefköpfe, etc.) entstehen würden. Ein Argument der Hilflosigkeit: Man habe festgestellt, dass in zahlreichen Städten nach wie vor eine Hindenburgstraße existiere (Quelle: Postleitzahlenbuch) und es somit auch keine Notwendigkeit einer Umbenennung in Darmstadt gäbe. Einwürfe, dass es bedauerlich sei, dass man diese Umbenennung der Hindenburgstraße nicht gleich nach 1945 angegangen habe, kann man schon fast als hochpolitisch für diese Diskussion werten.

Die Abstimmung über den Antrag war dann trotzdem sehr knapp: Mit

5 zu 4 Stimmen, bei zwei Enthaltungen wurde unser Antrag abgelehnt. Dies ist um so bedauerlicher, da bei etwas mehr politischem Mut auch eine andere Entscheidung hätte fallen können. So erklärte der SPD-Vertreter er sei zwar "inhaltlich voll auf unserer Seite", enthielt sich aber bei der Abstimmung.

Warum gerade die SPD so Schwierigkeiten hat, die Hindenburgstraße in Darmstadt umzubennen, hat allerdings historische Gründe: Die SPD hat Hindenburg bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 unterstützt. Unter dem Motto "Schlagt Hitler - wählt Hindenburg" stimmten auch in Darmstadt mehr als 32.000 Wählerinnen und Wähler für Hindenburg. Das Ergebnis ist bekannt: Am 30. Januar 1933 ernannte der greise Feldmarschall - der nach einer damaligen SPD-Zeitung unparteiisch und gegen einen Staatsstreich war - eben jenen Hitler zum Reichskanzler. Die SPD tut sich also schwer mit der Person Hindenburg - in einigen Städten wie Berlin ist er gar noch Ehrenbürger.

Als kleinen Erfolg werten wir die Tatsache, dass eine Straße im geplanten Baugebiet "ehemalige Ernst-Ludwig-Kaserne" nach Elisabeth Schumacher benannt wird. Diesem Vorschlag des Beirat für Straßenbenennung wurde vom Magistrat in seiner Sitzung am 12. Dezember 2002 zugestimmt.

Das Problem Hindenburgstraße allerdings bleibt. Wir werden unsere Initiative zur gegebenen Zeit wieder aufgreifen. Vielleicht ist dann mit mehr politischem Mut seitens der Verantwortlichen zu rechnen.

Dies alles wird Auswirkungen auf die Städte und Gemeinden, auch auf Darmstadt, haben. Hohe finanzielle Belastungen werden auf den städtischen Haushalt zukommen. Kredite, wie von Kanzler Schröder in seiner Agenda 2010 vorgeschlagen, bringen nichts außer noch mehr Schulden.

In diesen Tagen werden Gewerkschaften, Erwerbslosenverbände und andere Organisationen gegen diese unsoziale Politik auf die Straße gehen. Werden Sie aktiv, beteiligen Sie sich! Es ist an der Zeit.

Ihr

Rainer Keil

Fortsetzung von Seite 7 "Ort der Ruhe"

rer-SS gern immer mal wieder aus mit stattlichen Beträgen für die Stiftung „Ahnenerbe“. Wie ehrlich sind die Frauen mit sich selbst, wenn sie sich Therese Kalbfleisch zum Vorbild nehmen, ohne deren „ganz normale“ Entnazifizierung näher zu betrachten? Hat die herrschende Männerklasse irgend etwas von Frauenrechtlerinnen zu befürchten, die sich „mit Kerze, Grablicht und Taschenlampe“ an derartigen Wallfahrten zu den Gräbern „großer“ Frauen beteiligen, um sich dort dann den Verstand vernebeln zu lassen? Wohl kaum! Ort der Ruhe und der Kraft: Bedeutende Frauen auf Darmstädter Friedhöfen gibt es laut Frau D. im Buchhandel. Wie zu vermuten ist, wurde die Broschüre vom Magistrat mitfinanziert. Wäre dem so, stellte sie ein Feigenblatt dar für die behäbigen rot-grünen Patriarchen im Rathaus, womit diese Oligarchie sich selber glauben macht, sie sei liberal und dazu fähig, die Macht mit anderen gerecht zu teilen, so das alle auch wirklich bekommen, was ihnen zusteht. Der „historische“ Rundgang hatte somit weder mit Feminismus, noch mit Geschichte etwas zu tun, auch nicht mit Aufklärung.

Fred Kauz, Darmstadt



Ich habe Interesse an der PDS-DKP/OL

Name:....., Vorname:.....

Straße:....., PLZ, Ort:.....

Tel.:.....

E-Mail:.....

Ich möchte zu Treffen eingeladen werden

Ich möchte regelmäßig Infos per Post , per Mail

PDS - DKP/Offene Liste Stadtverordnetenfraktion

c/o Rainer Keil,
Heinrich-Fulda-Weg 13,
64289 Darmstadt
Tel.:06151-66 90 310,
Fax: 06151-66 90 533
E-Mail: info@pds-dkp-old.de